

Wir müssen Verantwortung übernehmen!

In der Coronakrise spiegeln sich Probleme unserer Gesellschaft. Laufen wir Gefahr, von unserer offenen Gesellschaft in einen Totalitarismus abzugleiten? Was ist zu tun?

von Prof. Dr. Tobias Unruh, 06.04.2021

Nicht erst seit der Coronakrise läuft in unserer Gesellschaft etwas schief, das spüren die meisten Menschen. Seit geraumer Zeit schon warnt unser ehemaliger Verfassungsgerichtspräsident, Hans-Jürgen Papier, vor der Erosion unseres Rechtsstaats. So verfügte die Bundesregierung unter Angela Merkel 2011 unter Verletzung geltenden Rechts den Ausstieg aus der Atomkraft, wofür der Steuerzahler heute die Kosten tragen muss. Der Berliner rot-rot-grüne Senat überlässt den Görlitzer Park dem offenen Drogenhandel. Die Bundesregierung setzt sich über die Asylgesetzgebung hinweg, u.a. mit der Begründung, dass man die Grenzen nicht schließen könne. In der Coronakrise ist Grenzsicherung aber plötzlich doch möglich. Nun sagte Bundesgesundheitsminister Spahn schon sicherheitshalber voraus, dass man sich bezüglich der Corona-Politik viel zu verzeihen haben werde und Bundeskanzlerin Merkel entschuldigt sich sogar für einen eher unbedeutenden Fehler. Verantwortung für ihr Tun und Handeln übernehmen die verantwortlichen Politiker aber nicht und werden es wohl auch zukünftig nicht tun, zumal Konsequenzen in der Regel weder von der Opposition noch von den Bürgern eingefordert werden.

Aber es sind nicht nur die Politiker, die ihre Verantwortung nicht übernehmen. Auch wir schieben unsere Verantwortung zunehmend ab. Wir sind zu Spezialisten auf unserem Gebiet und immer abhängiger von einem funktionierenden Gemeinwesen geworden. Ob man als Handwerker arbeitet, als Bauarbeiterin, im Büro, an der Kasse, als Arzt oder Rechtsanwältin, die Verantwortung für uns und unsere Kinder geben wir gerne an den Staat ab - Krippe, Kindergarten, Schule, Ausbildung, Universität und am besten auch noch den Arbeitsplatz. Selbständige gibt es immer weniger. Und Personen, die von staatlicher Förderung weitgehend unabhängig sind, gibt es fast gar nicht mehr. Und so verlernten wir, für die Konsequenzen unseres Handelns Verantwortung zu übernehmen. Dies aber hat Auswirkungen auf politische Entscheidungen und damit auf die Entwicklung unserer freiheitlichen Demokratie.

Und es ist nicht weniger als die letztere, die heute auf dem Spiel steht. Der Philosoph Michael Esfeld, Mitglied der Leopoldina, hat es in einem NZZ-Artikel [\[1\]](#) sehr treffend geschildert: Es ist letztlich eine Entscheidung zwischen einer offenen Gesellschaft, in der die Würde jeder Person unveräußerlich ist, und einem Totalitarismus, in dem „der Staat im Namen einer höheren Ideologie in alle sozialen Verhältnisse hineinregiert,

ohne Grenzen und Schranken.“ Das Muster funktioniert so, dass bestimmte Werte wie z.B. Umwelt- oder Gesundheitsschutz absolut gesetzt werden. Hierdurch hört die Freiheit des Einzelnen immer dann auf, wenn dieser nach Meinung einer „Kaste“, die für sich die Deutungshoheit beansprucht (z.Z. Politiker und Medien), gegen einen der absoluten Werte verstößt. De facto führt das dazu, dass die Beweislast für das Individuum in einer Gesellschaft umgekehrt wird. Es muss nämlich beweisen, dass es nicht gegen die absoluten Werte handelt. Das öffnet der staatlichen Willkür Tor und Tür.

Und diese Willkür spüren wir in der vermeintlichen Coronakrise nun überdeutlich. Wie könnte man also nicht sehen, dass wir uns ganz unfreiwillig mitten in dem angesprochenen Entscheidungsprozess befinden? Ja, es läuft etwas ganz gewaltig schief in unserem Land. Parlamente geben die Verantwortung an Regierungen ab. Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten beschließen Maßnahmen in einem verfassungsrechtlich nicht vorgesehenen Gremium. Die massiv verunsicherte Bevölkerung weist jede Verantwortung von sich und beruft sich bequemerweise auf ihre bürgerliche Pflicht, Gesetzen und Verordnungen Folge zu leisten. Am Ende werden die Regierungen sich entschuldigen oder auch nicht. Aber wer wird ihre Verantwortung einfordern? Bereits heute, in einem noch recht freien Land, geschieht das so gut wie nicht. Aber wie frei wird unsere Gesellschaft zukünftig noch sein, wenn wir heute unserer Verantwortung nicht gerecht werden?

Man kann sich fragen, wie es dazu kommen konnte, dass wir Gefahr laufen, in einen Totalitarismus abzugleiten. Am Beispiel der Coronakrise hat der Historiker Gérard Böckenkamp [2] dafür wesentliche Gründe identifiziert. So wird der Schrecken der angeblichen Pandemie über Statistiken von Testergebnissen öffentlichkeitswirksam verbreitet und die Angst der historisch großen Zahl älterer Menschen, die einen entsprechend hohen gesellschaftlichen Einfluss haben, aufrechterhalten. Die durch die lange Zeit von Wohlstand und Frieden geprägte Bevölkerung lässt sich durch eine Krisensituation leicht verunsichert werden. Das Finanzsystem kann kurzfristig und ohne vernünftige Risikobewertung fast unbegrenzt Geld zur Verfügung stellen. Und durch dieses Geld sind die zahlreichen Empfänger von Staatsgeldern gegen existenzielle Folgen vermeintlich gut gesichert. Hinzufügen sollte man wohl auch noch die Medien, die durch staatliche Unterstützung sowie eine auf Leitungsebene beidseitige personelle Durchlässigkeit zur Politik geprägt sind und eine historisch unkritische Berichterstattung und Kommentierung der Regierungspolitik an den Tag legen.

Wir sehen also die Bedrohung unserer offenen Gesellschaft und kennen die Gründe, die diese haben real werden lassen. Aber was ist nun zu tun? Wir müssen Verantwortung übernehmen! Denn jeder einzelne Bürger ist für die Entwicklung unserer Gesellschaft mitverantwortlich. Wir werden später nicht sagen können, wir hätten die Erosion des Rechtsstaates und das Abgleiten in einen Totalitarismus nicht kommen sehen.

So ist es z.B. die persönliche Verantwortung der Eltern, das Recht auf Bildung für ihre Kinder einzufordern und sich gegen sogenannte Hygienekonzepte und Kontakt-, Spiel- und Sportverbote zu wehren. Wir sind mitverantwortlich für die Vereinsamung der Alten und Kranken und die menschenunwürdigen Maßnahmen in Alters-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen, wenn wir sie nicht anprangern. Wir sind verantwortlich, wenn vor unseren Augen Geschäfte, Restaurants, Kinos, Firmen für immer schließen müssen, Existenzen und ganze Lebenswerke zerstört werden, die Lebensgrundlage vieler Menschen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit vernichtet werden. Wir sind verantwortlich für Menschlichkeit und Lebensfreude in unserer Gesellschaft. Und es ist unsere Verantwortung, wenn am Ende die Maßnahmen größeren Schaden angerichtet als Nutzen gehabt haben.

Es ist zuallererst unsere Verantwortung, uns vor Krankheit zu schützen. Dem Staat kommt allenfalls die Aufgabe zu, die Bürger in die Lage zu versetzen, sich selbst schützen zu können und ansonsten die Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht zu organisieren. Es gibt aber kein Grundrecht auf allumfassende staatliche Fürsorge, das uns aus unserer Verantwortung entlassen würde.

Aber es gibt das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht. Diese müssen jetzt genutzt werden - für einen offenen, ehrlichen Diskurs. Es wird nicht reichen, in seinem Elfenbeinturm zu sitzen und kluge Gedanken zu formulieren. Es muss etwas in Bewegung kommen in unserer Gesellschaft. Jeder kann etwas dazu beitragen, um seiner Verantwortung gerecht zu werden, z.B. durch das Einwirken auf unsere Abgeordneten, auf Zeitungsredaktionen, Rundfunk- und Fernsehanstalten, aber auch auf Leitung und Personal von Kitas, Schulen und Universitäten. Wir müssen uns einmischen, mit innovativen Aktionen, Kundgebungen und öffentlichen Stellungnahmen. Es ist unsere Verantwortung, Gesicht zu zeigen und für unsere offene Gesellschaft einzustehen.

Literatur

- [1] [Michael Esfeld, Die geschlossene Gesellschaft und ihre neuen Freunde: warum es falsch ist, die Gesundheit höher zu gewichten als die Menschenwürde, Neue Zürcher Zeitung, 01.04.2021](#)
- [2] [Gérard Bökenkamp, Corona und die Neandertaler, Achgut.com, 02.04.2021](#)